

„Es ist das Gegenteil dessen eingetreten, was Putin erwartet hatte“



Von **Alfred Hackensberger**

Korrespondent für Kriegs- und Krisengebiete

Veröffentlicht am 05.11.2025 | Lesedauer: 7 Minuten



Ideologisch auf derselben Seite: Wladimir Putin (r.) mit Aserbaidschans Langzeitherrscher Ilham Alijew

Quelle: AP/Grigory Sysoyev

Russland kommt in der Ukraine nicht voran. Aber auch andere Länder und Bündnisse verhalten sich nun anders, als Putin es erwartet hatte. Das erklärt Aserbaidschans Oppositionsführer. Er skizziert die Vision des Kremls – und hat einen klaren Rat für Europa.

Ali Karimli ist Vorsitzender der Aserbaidshanischen Volksfrontpartei und Führer der Opposition in der ehemaligen Sowjetrepublik. Seit mehr als 20 Jahren unterliegt der 60-Jährige einem offiziellen Reiseverbot, er darf keinen Reisepass besitzen. Die Regierung versucht seit 2020, ihn vom Internet und von der Mobilfunkkommunikation abzuschneiden. WELT hat mit ihm gesprochen.

WELT: Als bedeutender Öl- und Erdgasproduzent übernimmt Aserbaidshan mehr und mehr eine regionale Führungsrolle im Kaukasus und emanzipiert sich vom langjährigen Verbündeten Russland. Liegt das an der Blamage Moskaus im Ukraine-Krieg?

Ali Karimli: Nein, die Haltung der aserbaidischen Führung gegenüber Russland änderte sich erst nach Dezember 2024, als das Assad-Regime in Syrien stürzte, obwohl es unter dem Schutz Moskaus gestanden hatte. Präsident Ilham Alijew erkannte, dass Russland deutlich geschwächt ist und seinen Verbündeten keine Sicherheitsgarantien mehr bieten kann. Das war der Moment, sich sichtbar von einem geschwächten Russland zu distanzieren. Es war nicht mehr notwendig, jede Forderung des Kremls zu erfüllen. Hinzu kommt, dass Russland damals ein aserbaidisches Passagierflugzeug mit 38 Zivilisten abgeschossen (https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/politik_ausland_nt/article68e7c87ad3ab2139f9f11be2/putin-will-aserbaidisch-nach-flugzeugabsturz-entschaedigen.html) hat, was der russische Staat vertuschen wollte.



Oppositionsführer Ali Karimli

Quelle: Pacific Press/LightRocket via Getty Images

WELT: Vor einigen Tagen hat der russische Präsident Wladimir Putin bei einem Treffen mit Alijew in Tadschikistan die Verantwortung für den Abschuss zugegeben und Entschädigung versprochen. Wollte Putin damit einen möglichen Bruch vorbeugen?

Karimli: Nein, von Bruch kann man nicht sprechen. Schließlich stehen beide ideologisch auf derselben Seite. Sie sind Gegner der Demokratie, der Menschenrechte und einer europäischen Integration. Keiner plant einen Bruch. Die Spannungen ähneln eher einem Streit, einem Zwist unter „Freunden“.

WELT: Aserbaidisch pflegt enge Beziehungen zur Türkei, aber auch zu Israel – zwei Länder mit diametral entgegengesetzten Ansichten in der Palästina-Frage. Zudem teilt sich Aserbaidisch eine beinahe 700 Kilometer lange Grenze mit dem Iran. Wie laviert sich Alijew durch dieses komplexe Geflecht?

Karimli: Seine Außenpolitik hat nur eine Priorität: die maximale Verlängerung seiner 22-jährigen Herrschaft und der seiner Familie. Jeder Schritt – ob innen- oder außenpolitisch – dient diesem Zweck. Alles, was zur Stabilisierung eines autoritären Regimes beiträgt, gilt als akzeptabel. Um es offen zu sagen: Die derzeitige negative Realität in den internationalen Beziehungen – also der faktische Zusammenbruch einer regel- und rechtsbasierten Weltordnung – ermöglicht es Alijew, eine Außenpolitik zu betreiben, die ausschließlich seinen persönlichen Interessen dient.

WELT: Sie meinen eine multipolare Welt, in der Akteure einfach das tun, was sie wollen, ohne dafür belangt zu werden?

Karimli: Ja, wobei Alijews Politik allerdings langfristig nur zu Misserfolg und Isolation führt. Wer niemandem ein echter Freund oder Verbündeter ist, wird letztlich auch keinen echten Freund oder Verbündeten haben. Es gibt ein aserbaidshisches Sprichwort: „Wer es allen recht machen will, verliert die Orientierung.“

WELT: Aserbaidsschan ist ein autoritärer Staat, der keine Kritik zulässt. Sie selbst leiden darunter seit vielen Jahren.

Karimli: Das Alijew-Regime sieht sich als Teil eines „internationalen Klubs der Autoritären“. Die Versammlungsfreiheit ist in Aserbaidsschan faktisch abgeschafft. Unsere friedlichen Kundgebungen werden mit Polizeigewalt aufgelöst. Auch Wahlen werden regelmäßig gefälscht. Derzeit gibt es 375 politische Gefangene. Alle unabhängigen Medien wurden geschlossen. Nach Belarus hat Aserbaidsschan die meisten inhaftierten Journalisten Europas. Seit 20 Jahren verweigert mir die Regierung die Ausstellung eines Reisepasses und verbietet mir, das Land zu verlassen – obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte bereits vor neun Jahren festgestellt hat, dass dadurch meine Rechte verletzt wurden.

WELT: In Europa wird das kaum thematisiert. Woran liegt das?

Karimli: Aserbaidsschan spielt eine immer wichtigere Rolle bei der Gasversorgung Europas und ist ein Schlüsseltransitkorridor zwischen Zentralasien, dem Kaukasus und Europa. Dies ist der Hauptgrund dafür, dass keine echten Maßnahmen ergriffen werden (<https://www.welt.de/politik/ausland/article251217404/Aserbaidsschan-Bei-Diktatoren-wie-Alijew-macht-Scholz-die-gleichen-Fehler-wie-seine-Vorgaenger.html>), um die aserbaidsschanische Führung zur Freilassung politischer Gefangener oder zu demokratischen Reformen zu bewegen. Auch auf hoher Ebene hört man nur selten klare Forderungen in diese Richtung. Doch ich sage offen: Politiker, die aus diesen Gründen über Repressionen hinwegsehen, machen einen Fehler.

WELT: Würden Sie Alijew als Diktator bezeichnen – vergleichbar etwa mit Putin?

Karimli: Alijew, der im Jahr 2003 die Macht von seinem Vater übernahm, hält alle demokratischen Institutionen unter Kontrolle. Dazu zählen das Parlament, die Gerichte, die Kommunalverwaltungen, die Opposition, die Medien, die Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft. Es ist ein hartes, autoritäres Regime, das mittlerweile als Kleptokratie bezeichnet wird. Ich würde Alijew jedoch nicht mit Putin gleichsetzen. Putin unterdrückt nicht nur die Freiheit im eigenen Land, sondern bedroht auch die Unabhängigkeit Dutzender souveräner Staaten. Er versucht, im 21. Jahrhundert ein neues Imperium zu errichten. Am schlimmsten ist: Er führt einen Angriffskrieg gegen die Ukraine, in dessen Folge Hunderttausende Menschen ums Leben gekommen sind. In dieser Hinsicht würde ich keinen anderen Staatschef mit Putin vergleichen.

WELT: In Europa geht man davon aus, dass Russland sich auf einen Krieg mit der Nato vorbereitet. Nach dem Ende des Ukraine-Kriegs könnten die baltischen Staaten sein nächstes Ziel sein. Wie weit reichen Putins hegemoniale Ambitionen?

Karimli: Wäre Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine tatsächlich „nach Plan“ verlaufen – wie Putin es behauptet hat –, dann wäre eine Ausweitung des Krieges auf EU- und Nato-Staaten ein realistisches Szenario gewesen. Allerdings wäre dies schrittweise geschehen. In der ersten Phase wollte Putin das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion in ein neues russisches Imperium eingliedern und gleichzeitig eine Zersetzung der Nato provozieren. Er erwartete, die Ukraine schnell zu besetzen, dort eine Marionettenregierung einzusetzen, dann einen neuen Unionsstaat zu schaffen – mit Russland, Belarus und der Ukraine als Kern. Schließlich sollten alle anderen ehemaligen Sowjetrepubliken mit Ausnahme der baltischen Staaten in diesen neuen Unionsstaat eingegliedert werden – de facto also eine „UdSSR 2.0“ (<https://www.welt.de/politik/ausland/article689f1cbccf5f0271ccd53e82/Aussenminister-in-Alaska-Das-ganze-Problem-in-einem-Sweatshirt-Lawrow-Auftritt-sorgt-fuer-Aufsehen.html>). Putin glaubte zudem, ein schneller und erfolgreicher Abschluss dieser ersten Phase würde Fliehkräfte innerhalb der EU und Nato freisetzen: mehr Separatismus, mehr Länder, die bilaterale Abkommen mit Russland suchen, und letztlich eine faktische Auflösung der beiden westlichen Bündnisse. Erst dann, so dachte er, könnte er militärisch gegen die baltischen Staaten und Osteuropa vorgehen, um sie in seine Einflussphäre zu zwingen.

WELT: Aber Putins Plan ist gescheitert.

Karimli: Ja, das genaue Gegenteil dessen ist eingetreten, was Putin erwartet hatte: Nato und EU sind nicht zerbrochen, sondern gestärkt worden. Die Hoffnung des Kremls auf den Zerfall der transatlantischen Gemeinschaft wurde zunichtegemacht. Russland hat in den vergangenen drei Jahren und acht Monaten enorme militärische, materielle, politische und geopolitische Verluste erlitten. Das sind neue Realitäten, mit denen Putin sich abfinden muss. Ohne aufwendige Analysen ist jetzt schon klar: Jeder Monat, jedes Jahr schwächt Russland militärisch und wirtschaftlich weiter, während Europa stärker wird. In so einer Lage wird sich Putin in den kommenden Jahren nicht trauen, die baltischen Staaten oder andere EU- oder Nato-Mitglieder anzugreifen. Denn er weiß jetzt, dass er es mit der gesamten Macht des Westens zu tun bekäme.

WELT: Sehen Sie noch andere negative Auswirkungen?

Karimli: Nehmen wir Syrien: Russland wollte niemals den Sturz des Assad-Regimes. Doch als die Rebellen im vergangenen Jahr ihre letzte Offensive begannen, hatte Russland nicht mehr die Kraft oder Ressourcen, Assad zu verteidigen. Auch der fortgesetzte Misserfolg Russlands, in Armenien und [Moldau \(https://www.welt.de/politik/ausland/article68d9cc6788300c7476b9a949/parlamentswahl-proeuropaeische-regierungspartei-holt-in-moldau-mehr-als-50-prozent-der-stimmen.html\)](https://www.welt.de/politik/ausland/article68d9cc6788300c7476b9a949/parlamentswahl-proeuropaeische-regierungspartei-holt-in-moldau-mehr-als-50-prozent-der-stimmen.html) einen Regierungswechsel herbeizuführen, dann Aserbaidshans Entscheidung, auf Abstand zu gehen, sowie der unabhängigere Kurs Kasachstans und anderer zentralasiatischer Staaten. Das sind alles Folgen der Schwächung Russlands durch den Ukraine-Krieg.

WELT: Ist damit Putins Traum von einer „UdSSR 2.0“ erledigt?

Karimli: Nicht ganz, denn Russland wird an seinem Minimalziel festhalten, eine eigene Einflussphäre aufzubauen. Nach dem Ende des Krieges in der Ukraine wird Moskau all seine Aufmerksamkeit wieder auf den post-sowjetischen Raum richten. Mit Ausnahme der baltischen Staaten werden alle ehemaligen Sowjetrepubliken erneut Ziel russischer Expansionspolitik sein. Deshalb ist es entscheidend, die Integration der Länder des Südkaukasus und Moldaus in die EU zu beschleunigen. Auch [Kasachstan \(https://www.welt.de/politik/ausland/plus254687130/Kasachstan-Wie-Putin-auch-diese-Hoffnung-des-Westens-zunichtemacht.html\)](https://www.welt.de/politik/ausland/plus254687130/Kasachstan-Wie-Putin-auch-diese-Hoffnung-des-Westens-zunichtemacht.html) und die zentralasiatischen Staaten sollten die aktuelle Phase – in der Russland geschwächt und abgelenkt ist – nutzen, um ihre Unabhängigkeit zu festigen.

WELT: Und was wird aus Aserbaidtschan?

Karimli: Nach dem Ende des Ukraine-Kriegs wird Aserbaidtschan eines der wahrscheinlichsten Ziele neuer russischer, imperialer Ambitionen sein – vielleicht sogar das erste. Leider untergräbt Alijews autoritäre und repressive Politik Aserbaidtschans Fähigkeit, sich gegen diese Bedrohung zu verteidigen. Er will sein Regime bewahren und blockiert so die Integration mit Europa. Der Kampf für Demokratie in Aserbaidtschan ist heute gleichzeitig ein Kampf für die Sicherung der Unabhängigkeit unseres Landes. Nur ein demokratisches Aserbaidtschan kann Teil eines euro-atlantischen Sicherheitssystems werden.

Alfred Hackensberger (<https://www.welt.de/autor/alfred-hackensberger/>) hat seit 2009 aus mehr als einem Dutzend Kriegs- und Krisengebieten im Auftrag von WELT berichtet. Vorwiegend aus den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens wie Libyen, Syrien, dem Irak und Afghanistan, aber auch aus Bergkarabach und der Ukraine.